

P R E S S E D I E N S T

Hattingen, den 28.10.2010

„Industrie- und Gewerbeflächenbedarf versus Naturflächenverbrauch“

Podiumsdiskussion mit NRW-Umweltminister Johannes Remmel in Hattingen

Am heutigen Donnerstag veranstalten der Verein pro Ruhrgebiet und der Altlastensanierungsverband NRW (AAV) gemeinsam eine Podiumsdiskussion zum Thema „Industrie- und Gewerbeflächenbedarf versus Naturflächenverbrauch“ in Hattingen. Auf dem Podium diskutieren neben dem neuen NRW-Umweltminister Johannes Remmel: Klaus Brunsmeier, stellvertretender Vorsitzender des BUND, Hermann-Josef Droege, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Siegen, Dr. Rolf Heyer, Geschäftsführer NRW.Urban, Michael von der Mühlen, Erster Beigeordneter der Stadt Gelsenkirchen sowie Michael Bongartz, Leiter des Referates Regionalplanung beim Regionalverband Ruhr.

Hintergrund für die Diskussion ist die nach wie vor anhaltende Debatte über das vorhandene und geplante Industrie- und Gewerbeflächenangebot, speziell im Ruhrgebiet. Gleichzeitig wird darüber diskutiert, wie man den täglichen Bedarf an Naturflächen von 100 ha/Tag für Siedlungszwecke in Deutschland weiter reduzieren kann. Dazu ist als umweltpolitisches Ziel eine Reduktion auf 30 ha/Tag bis zum Jahr 2020 formuliert worden. Für NRW würde dies eine Reduzierung von 15 ha/Tag auf 5 ha/Tag bedeuten.

Diese umweltpolitischen Zielsetzungen wecken bei vielen Industrievertretern die Sorge, dass in Zukunft nicht mehr ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen werden können.

Ansprechpartner

Pro Ruhrgebiet
Christine Schwab
Semperstraße 51
45138 Essen
Telefon: 0201 89415-0
Telefax: 0201 89415-10/-20
E-Mail: schwab@proruhrgebiet.de

AAV Altlastensanierungsverband NRW
Sabine Schidlowski-Boos
Postfach 80 01 47
45501 Hattingen
Telefon: 02324 5094-30
Telefax: 02324 5094-70
E-Mail: s.boos@aav-nrw.de

In einem gemeinsamen Eckpunktepapier aus dem Jahr 2007 warnen die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern z. B. vor einem langfristigen Engpass für Industrie- und Gewerbeflächen, zumindest im mittleren Ruhrgebiet. Ganz aktuell gibt es eine Diskussion über den „Masterplan Raum- und Siedlungsstruktur“ des RVR, der als neues Leitbild für das Ruhrgebiet entwickelt worden ist und der nach Ansicht vieler Wirtschaftsförderer die kommunalen Flächenbedarfe nicht ausreichend berücksichtigt.

Flächenrecycling – ein Weg zur Lösung?

Trotz der Verminderung des Naturflächenverbrauchs müssen für den Wirtschaftsstandort NRW und insbesondere für das Ruhrgebiet ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen bereitgestellt werden, damit der Strukturwandel erfolgreich fortgeführt und neuen sowie bestehenden Betrieben ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden können.

Das wird jedoch nicht immer nur auf Brachflächen möglich sein; aber die Wiedernutzung vorhandener Brachflächen sollte absolute Priorität haben. Gerade wenn solche Brachflächen mit Altlasten verbunden sind, ergeben sich in so manchen Fällen gravierende Vorbehalte wegen zunächst unkalkulierbarer Risiken und dann günstigstenfalls betriebswirtschaftliche Kostennachteile gegenüber der Ansiedlung auf der grünen Wiese, die in der Regel nur durch den Einsatz von staatlichen Fördermitteln ausgeglichen werden könnten. Die Alternative ist, dass in solchen Fällen meist verkehrsgünstig gelegene Altlasten-Brachflächen auf Dauer ungenutzt bleiben und letztendlich durch Vandalismus, illegale Müllablagerung und Einsturzgefahr von Altgebäuden zu einem dauerhaften Gefahrenherd für die Umgebung werden.

In NRW hat man u. a. den Grundstücksfonds und später auch den AAV gegründet, um sich solcher Flächen anzunehmen.

Durch das Flächenrecycling von Altlastenflächen kann beispielsweise auch der AAV einen Beitrag zur Reduzierung des Naturflächenverbrauchs leisten, indem Gewerbe- und Wohnflächen wieder bereitgestellt werden. In manchen Fällen werden dadurch auch neue Naturflächen geschaffen, wenn ehemalige Industrie- und Gewerbestandorte oder auch Deponien zu Grünflächen zurückentwickelt werden.

Flächenrecycling und Klimaschutz

Flächenrecycling leistet aber auch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz; denn der belebte Boden ist neben den Weltmeeren der zweitgrößte Kohlenstoffspeicher. Nicht anderweitig in

Anspruch genommene Naturflächen können also weiter Kohlenstoff aufnehmen und speichern.

Zu Grünflächen rückgebaute innerstädtische Industrie- und Gewerbebrachen tragen zur Auflockerung der Bebauung von Innenstädten bei und dienen in manchen Fällen als „Frischluftschneisen“ zur Verbesserung des Stadtklimas.

Neue Nutzung für alte (Produktions-) Flächen

Bei der Betrachtung des verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächenangebotes sollte man allerdings genauso auch bestehende Produktionsstandorte im Blick haben, bei denen durch Produktionsverlagerung oder Aufgabe von Produktlinien Betriebsflächen frei werden. Diese Standorte haben oft das Interesse, andere Nutzer für die freigewordenen Betriebsflächen zu gewinnen, um die fortlaufenden Infrastrukturkosten für Straßen, Kanäle und Energieversorgung teilweise von den neuen Nutzern mitfinanzieren zu lassen. Vor allem bei größeren Chemieunternehmen haben sich dazu an vielen Standorten sogenannte „Chemieparcs“ ausgebildet.

Prof. Dr. Harro Bode, Vorstandsvorsitzender des Ruhrverbandes und stv. Vorsitzender des Vereins pro Ruhrgebiet fasste das Ergebnis so zusammen: „Nachdem das Ruhrgebiet nunmehr seit Jahrzehnten saubere Luft vorzuweisen hat und derzeit Milliarden Euro in den Gewässerumbau steckt, muss es auch seine bekannte und sprichwörtliche Zersiedlung dämpfen, um sein Image weiterhin zu verbessern. Die Menschen sind dies der Natur schuldig, wobei natürlich den Belangen von Gewerbe und Industrie durch geschicktes Flächenrecycling nachdrücklich Rechnung getragen werden muss.“